

LANDTAG DES
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

P



JAHRESBERICHT 2012

**DER PARLAMENTARISCHEN DELEGATION
BEI DER
INTERPARLAMENTARIER UNION
(IPU)**

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
A Einleitung	3
B 126. Internationale Parlamentarierkonferenz (IPU) vom 31. März bis 5. April 2012 in Kampala (Uganda)	4
1. Teilnahme.....	4
2. Interparlamentarische Konferenz.....	4
C 127. Interparlamentarische Konferenz (IPU) vom 21. bis 26. Oktober 2012 in Québec (Kanada)	6
1. Eröffnungsfeier.....	6
2. Teilnahme.....	6
3. Haupttraktanden der 127. Versammlung der Interparlamentarischen Union.....	6
a) Dringlicher Zusatztraktandenpunkt.....	6
b) Erster Ständiger Ausschuss (First Standing Committee: Peace and International Security).....	7
c) Zweiter Ständiger Ausschuss (Second Standing Committee: Sustainable Development, Finance and Trade).....	8
d) Dritter Ständiger Ausschuss (Third Standing Committee: Democracy and Human Rights).....	9
D Gesprächstreffen mit Vertretern anderer Delegationen	10
E Schlusswort	11

A Einleitung

Allgemeines zur Interparlamentarischen Union

Die IPU wurde 1889 als ein Kontaktgremium von Parlamenten aller souveränen Staaten gegründet und hat ihren Hauptsitz seit 1921 in Genf. Sie entwickelte sich von einer zunächst kleinen Vereinigung zur globalen Organisation nationaler Parlamente mit zurzeit 146 Mitgliedstaaten. Sie setzt sich insbesondere für die friedliche Verständigung in Konfliktsituationen ein, für den Schutz der Menschenrechte und für eine Stärkung der demokratischen Institutionen.

Die **Interparlamentarische Konferenz** – die Plenartagung der Organisation – tagt zweimal jährlich. Sie erörtert dabei insbesondere politische, wirtschaftliche und soziale Fragen von internationalem Interesse und erarbeitet zu diesen Themen Entschliessungen. Nach der Satzung sind die Mitglieder der Union zur Verteilung der Resolutionen im Parlament sowie an die Regierungen sowie zur Förderung ihrer Umsetzung verpflichtet. Es ist somit Aufgabe eines jeden Delegierten, die Entschliessungen der IPU seinem Parlament zu überbringen und auf deren Umsetzung hinzuwirken. Die einzelnen Entschliessungen entfalten allerdings für die Parlamente der in der IPU vertretenen Staaten keine bindende Wirkung.

Darüber hinaus veranstaltet die IPU Sonderkonferenzen, die sich insbesondere mit Fragen aus den Bereichen Abrüstung, Entwicklung und Umwelt auseinandersetzen.

Der **Interparlamentarische Rat** lenkt unter der Leitung seines auf drei Jahre gewählten Präsidenten die Arbeit der Union. Das **Exekutivkomitee**, das sich neben dem Präsidenten des Interparlamentarischen Rates und dem Vizepräsidenten aus fünfzehn Mitgliedern zusammensetzt, unterstützt den Rat bei seinen Aufgaben. Es nimmt eine Schlüsselstellung bei der Vorbereitung des jährlichen Arbeitsprogramms der Union und bei der Einrichtung neuer Ausschüsse ein.

Drei Ständige Ausschüsse – Ausschuss für Frieden und internationale Sicherheit, Ausschuss für nachhaltige Entwicklung, Finanzen und Handel, Ausschuss für Demokratie und Menschenrechte – unterstützen die Interparlamentarische Konferenz in ihrer Arbeit. Ähnlich dem Verfahren in anderen interparlamentarischen Gremien besteht ein Berichterstattersystem mit zwei Berichterstatter/Innen pro Sachthema, welche dem jeweiligen Ausschuss nebst einem Themenbericht einen Resolutionsentwurf vorlegen. Änderungsanträge zu den jeweiligen Resolutionsentwürfen werden jedoch dann im gesamten Ausschuss beraten und verabschiedet.

Finanzierung der IPU: Sie finanziert sich ausschliesslich aus eigenen Mitteln, die durch die Beiträge der Mitgliedsländer aufgebracht werden (FL Beitrag ca. CHF 22'000 p.a.).

Das **Sekretariat der IPU**, mit Sitz in Genf, ist für alle administrativen Aufgaben sowie den Sitzungsdienst bei den Tagungen der verschiedenen IPU-Gremien zuständig.

Seit Herbst 2000 ist der Liechtensteinische Landtag als offizielles Mitglied in der IPU vertreten.

Die liechtensteinische Delegation bei der IPU setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

- Landtagsabgeordneter Jürgen Beck (Delegationsleiter)
- Landtagsabgeordnete Doris Frommelt
- stv. Landtagsabgeordnete Marion Kindle-Kühnis
- stv. Landtagsabgeordneter Stefan Wenaweser
- Landtagssekretär Josef Hilti (Delegationssekretär)

Analog den Vorjahren fanden im Berichtsjahr nebst vielen Sitzungen der diversen Arbeits- und Expertengruppen der IPU zwei grosse Jahreskonferenzen statt. Die erste tagte vom 31. März - 5. April 2012 in Kampala, Uganda; die zweite vom 21. - 26. Oktober 2012 in Québec, Kanada.

Die Delegation beschloss aufgrund der relativierten Beratungsthemenrelevanz für Liechtenstein und der mit solchen Konferenzteilnahmen auch jeweils verbundenen Kostenüberlegungen (angespannter Staatshaushalt) von einer Teilnahme an der Konferenz in Kampala, Uganda, abzusehen.

Die Delegation war hingegen an der 2. Jahreskonferenz in Québec, Kanada vertreten.

B 126. Internationale Parlamentarierkonferenz (IPU) vom 31. bis 5. April 2012 in Kampala (Uganda)

1. Teilnahme

Die liechtensteinische Delegation sah – wie vorstehend ausgeführt – von einer Teilnahme an dieser Konferenz ab.

Nachstehend unter Punkt 2 ein Kurzauszug über die behandelten wichtigsten Themenbereiche anlässlich dieser Konferenz in Kampala:

2. Interparlamentarische Konferenz

Rund 1'200 Parlamentarierinnen und Parlamentarier nahmen vom 31. März – 5. April 2012 im Convention Center der Vereinten Nationen in Kampala an der 126. IPU-Vollversammlung teil.

Die drei ständigen Ausschüsse der IPU befassten sich mit Resolutionsentwürfen zu folgenden Themen:

- «Promoting and practising good governance as a means of advancing peace and security: Drawing lessons from recent events in the Middle East and North Africa» (First Standing Committee: Peace and International Security)
 - «Redistribution of power, not just wealth: Ownership of the international agendas» (Second Standing Committee: Sustainable Development, Finance and Trade)
 - «Access to health as a basic right: The role of parliaments in addressing key challenges to securing the health of women and children» (Third Standing Committee: Democracy and Human Rights)
- Neben diesen im Voraus festgelegten Themen behandelte die Versammlung zusätzlich ein aktuelles Dringlichkeitsthema. Die Mitgliedsparlamente können jeweils bis zu Beginn der Konferenz Themenvorschläge einreichen. Dabei wurde von den beigebrachten sieben Themenvorschlägen folgender Vorschlag in Beratung gezogen:
- «Immediate halt to the bloodshed and human rights violations in Syria and the need to ensure access to humanitarian aid for all persons in need and to support implementation of all relevant Arab League and United Nations resolutions and peace efforts» (eingebracht von den Vereinigten Arabischen Emiraten, Ägypten, Frankreich, Kanada und Grossbritannien)

[Die von den oben aufgeführten ständigen Komitees verabschiedeten Resolutionen können beim Landtagssekretariat eingesehen werden. Ebenso die Resolution betreffend das Dringlichkeitsthema.]

C 127. Internationale Parlamentarierkonferenz (IPU) vom 21. bis 26. Oktober 2012 in Québec (Kanada)

1. Eröffnungsfeier

Die 127. Versammlung der Interparlamentarischen Union wurde am 21. Oktober 2012 mit einer Feier im Kongresszentrum von Québec im Beisein des kanadischen Generalgouverneurs David Johnston eröffnet. In seinen einleitenden Ausführungen betonte Herr Noël Kinsella, der Sprecher des Kanadischen Senats, Kanadas langjährige Verbundenheit mit der IPU. Er führte aus, dass Kanada seit 100 Jahren Mitglied der Organisation und bereits zum 4. Mal Gastgeber einer IPU-Versammlung sei. Die IPU und das kanadische Parlament würden das Ziel der Förderung der Kernwerte parlamentarischer Diplomatie und Demokratie teilen.

2. Teilnahme

Parlamentsdelegationen aus 129 Mitgliedstaaten nahmen an der Versammlung teil. Von den 1'256 Delegierten waren 624 Mitglieder eines nationalen Parlaments. Unter den Parlamentariern waren 42 Parlamentspräsidenten sowie 35 Vizepräsidenten. 175 Parlamentarierinnen (28%) nahmen an der Versammlung teil. Liechtenstein war an dieser Konferenz durch die Abg. Jürgen Beck (Delegationsleiter) und Doris Frommelt sowie Josef Hilti (Delegationssekretär) vertreten.

3. Haupttraktanden der 127. Versammlung der Interparlamentarischen Union

a) Dringlicher Zusatztraktandenpunkt

Der Präsident der IPU informierte die Versammlung, dass vier Vorschläge für dringliche Nachtragstraktanden vorliegen:

- die Gewalt durch bewaffnete Terroristen gegen Christen und andere Minderheiten in Syrien und deren Versuche, diese aus Syrien zu vertreiben (vorgeschlagen durch die Syrische Arabische Republik);
- die internationale Rolle der Parlamentarier bei der Unterstützung eines Verbots der Diffamierung von Religionen und der Entweihung religiöser Symbole und Schreine durch die Unterstützung eines internationalen Abkommens zur Kriminalisierung solcher Handlungen sowie durch die Anerkennung der Achtung der Religionen als Voraussetzung für internationalen Frieden, Verständigung und Zusammenarbeit (vorgeschlagen von den Vereinigten Arabischen Emiraten);

- die Sicherheit und humanitären Auswirkungen der Krise in Syrien, unter Einbezug der benachbarten Länder (vorgeschlagen durch das Vereinigte Königreich);
- die bedrohten Institutionen und die Sicherheitslage in Mali (vorgeschlagen durch Mali).

Das von Mali vorgeschlagene Nachtragstraktandum wurde schliesslich von der Versammlung mehrheitlich aufgenommen und debattiert.

[Die verabschiedete Resolution kann beim Landtagssekretariat eingesehen werden.]

b) Erster Ständiger Ausschuss

(First Standing Committee: Peace and International Security)

Im Ersten Ständigen Ausschuss wurde das Thema: Die Rolle des Parlaments zum Schutz des Lebens von Zivilpersonen (*The responsibility to protect: The role of parliaments in safeguarding citizens' lives*) in Behandlung gezogen.

Die Co-Berichterstatter, Herr L. Ramatlakane (Südafrika) und Herr S. Janquin (Frankreich), präsentierten ihren vorläufigen Bericht. Dieser konzentrierte sich auf die Frage der Verantwortung für den Schutz von Zivilpersonen, besonders im Hinblick auf die Ereignisse im Mittleren Osten und Nordafrika, sowie auf die Rolle der Parlamente in Bezug auf das Thema Friedenssicherung und Friedensvermittlung zum Schutz der Zivilgesellschaften.

Delegierte aus 28 Parlamenten und eines regionalen parlamentarischen Gremiums meldeten sich während der Debatte zu Wort. Die Teilnehmer hielten fest, dass die Parlamente sich vermehrt für den Schutz der Bürger einsetzen müssen. Sie betonten, dass Prävention besser sei als Reaktion und dass die internationale Gemeinschaft alle Möglichkeiten einer friedlichen Lösung von Konflikten ausschöpfen müsse, bevor eine Intervention ermöglicht werden soll. Die Teilnehmer hielten klar fest, dass die nationale Souveränität zu achten und dass der Schutzauftrag nur in aussergewöhnlichen Situationen durchzusetzen sei, nämlich wenn internationale und Menschenrechte grob missachtet und verletzt würden, wie im Fall von Genozid, ethnischer Säuberung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Jede militärische Intervention sollte explizit durch den UN-Sicherheitsrat genehmigt und dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit entsprechen sowie auch vom Vorliegen einer vorgängigen Einschätzung einer möglichen erfolgreichen Umsetzung mitumfasst sein. Die Teilnehmer hielten zudem fest, dass auch ein Nichthandeln eine Option darstellt, dies insbesondere unter sorgfältiger Abwägung der letztendlich damit verbundenen Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung

(Frage von Kollateralschäden), die praktisch immer mit einer militärischen Intervention verbunden sind. Grosses Gewicht komme deshalb umfassenden «fact finding missions» durch die von der UNO hierzu berufenen Gremien zu. Der Bericht appelliert an die Teilnehmerstaaten, bei sich abzeichnenden Konflikten frühzeitig zwischen den Konfliktparteien vermittelnd tätig zu werden, insbesondere die sich gegenüberstehenden Parteien zu Verhandlungen an den runden Tisch zu bewegen, um so präventiv frühzeitig der Gefahr sich abzeichnender kriegerischer Auseinandersetzungen entgegenzuwirken bzw. zu unterbinden.

[Die verabschiedete Resolution liegt beim Landtagssekretariat zur Einsicht auf.]

c) Zweiter Ständiger Ausschuss

(Second Standing Committee: Sustainable Development, Finance and Trade)

Der Zweite Ständige Ausschuss behandelte das Thema: Fairer Handel und innovative Finanzierungsmechanismen für eine nachhaltige Entwicklung (*Fair trade and innovative financing mechanisms for sustainable development*).

Die zwei Co-Berichterstatter, Herr F.-X. de Donnea (Belgien) und Herr R. Chitotela (Sambia), präsentierten ihren vorläufigen Bericht. Nach ihren einleitenden Ausführungen folgte eine Diskussion, in deren Verlauf etliche Delegierte das Wort ergriffen. Die Diskussion konzentrierte sich darauf, wie nachhaltige Entwicklungsziele durch fairen internationalen Handel und durch den zunehmenden Einsatz innovativer Finanzierungsmechanismen erreicht werden können. Der Bericht der Co-Berichterstatter zeigte ein relativ umfassendes Bild der aktuellen Situation in der Thematik auf und bot dadurch einen breiten Rahmen für die anschliessende Diskussion. Im Mittelpunkt des Diskurs standen Fragen im Zusammenhang mit der Ausgestaltung fairer Praktiken im internationalen Handelsverkehr, der Herausforderung der Aufrechterhaltung geeigneter Entwicklungsfinanzierungen in einer Zeit der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die Notwendigkeit, das Potenzial innovativer Finanzierungsmechanismen adäquat auszuschöpfen (als Mittel hierzu seien erwähnt: private Fonds für den Gesundheitsbereich, Abgaben auf Flugtickets, Besteuerung von Devisentransaktionen und der Einsatz von Garantien und Versicherung).

Im Rahmen der Podiumsdiskussion wurde einmal mehr in Erinnerung gerufen, dass das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung nicht erreicht werden kann ohne neue finanzielle Strategien sowie die Korrektur des Ungleichgewichts des konventionellen Handels, welcher traditionsgemäss die Ärmsten und Schwächsten diskriminiert.

[Die verabschiedete Resolution liegt beim Landtagssekretariat zur Einsicht auf.]

d) **Dritter Ständiger Ausschuss**

(Third Standing Committee: Democracy and Human Rights)

Der Dritte Ständige Ausschuss befasste sich mit dem Thema: Der Einsatz von Medien, einschliesslich sozialer Medien, um die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und die Demokratie zu stärken (*The use of media, including social media, to enhance citizen engagement and democracy*).

Die zwei Co-Berichtersteller, Frau C. Charlton (Kanada) und Frau M.T. Kubayi (Südafrika), präsentierten ihren Bericht. Als Experte stand ihnen Herr A. Williamson, ehemaliger Direktor des Digitalen Demokratie-Programms der Hansard Society, zur Seite. Nach ihren einleitenden Bemerkungen wurden die Teilnehmer zur Stellungnahme eingeladen, um den Bericht um weitere Elemente zu ergänzen und damit die Basis für eine Resolution zu schaffen. Einige Delegierte ergriffen in der Folge das Wort. Die Diskussion konzentrierte sich im Besonderen auf den Balanceakt zwischen freier Meinungsäusserung und der Notwendigkeit von Mechanismen, die es erlauben, die Medien und die Teilnehmer von «Social Media-Plattformen» einer verstärkten gesellschaftspolitischen Verantwortung zu unterziehen.

In sehr vielen Mitgliedsstaaten beteiligten sich heute viele Menschen über soziale Medien an demokratischen und gesetzgeberischen Prozessen und eine grosse Anzahl an Parlamenten nutzt bereits das Internet oder die sozialen Medien, um die Bürger in parlamentarische Prozesse miteinzubeziehen. So sind beispielsweise relativ viele Mitglieder von Parlamenten über soziale Medien mit ihren Wahlkreisen verbunden. Dies zeigt das Faktum, dass die Medien einschliesslich der sozialen Medien geeignete Mittel darstellen, um die Bürgerpartizipation auszubauen bzw. zu fördern, um dadurch mittelbar auch eine Stärkung der Demokratie und ihrer Institutionen zu erlangen.

Die Delegierten waren sich praktisch unisono einig, dass die sozialen Medien besser als traditionelle Medien geeignet sind, um jüngere Menschen anzusprechen und sie zur demokratischen Mitwirkung in der Gesellschaftspolitik zu bewegen. Soziale Medien seien naturgemäss eher horizontal als hierarchisch aufgebaut und funktionierten auf der Basis persönlicher Beziehungen zwischen «Freunden». Dies ermutige jüngere Menschen eher zu einer politischen Mitwirkung, ohne die damit zusammenhängenden Verantwortlichkeiten wirklich zu berücksichtigen bzw. deren bewusst zu werden. Damit soziale Medien demokratisch funktionieren können, braucht es entsprechende Mechanismen zur Förderung und Überwachung der Verantwortlichkeit der Medien und Medienteilnehmer, um insbesondere die Meinungsfreiheit und weitere grundlegende Menschenrechte zu schützen. Die Diskussion bot den Vertretern der Mitgliedsstaaten eine gute Gelegenheit, diesbezügliche Erfahrungen auszutauschen. Die Frage der Verantwortlichkeit von Medien stand dabei bei vielen Rednern im Fokus. Andere betonten die Bedeutung der Medienvielfalt und deren Unabhängigkeit für das gute Funktionieren eines demokratischen Gemeinwesens und insbesondere auch für die Förderung

von verstärkten direkten Volksrechten. Die finanzielle Unterstützung der Medien war ein weiteres zentrales Thema. Nach Sicht der Teilnehmer müsse in Bezug auf die Medienfinanzierung mit grossem Augenmerk darauf Bedacht genommen werden, dass die Medien nicht von einigen wenigen kontrolliert werden. Es müsse Ziel einer demokratischen Zivilgesellschaft sein, mittels der Medien grösstmögliche Meinungs- und Informationsvielfalt zu erhalten. Eine solche Vielfalt sei auch der beste Garant für das langfristig gute und stabile Funktionieren einer demokratischen Zivilgesellschaft.

[Die verabschiedete Resolution liegt beim Landtagssekretariat zur Einsicht auf.]

D Gesprächstreffen mit Vertretern anderer Delegationen

Anlässlich der Konferenz nutzte die Delegation wiederum die Gelegenheit zur Führung von etlichen Gesprächen zu Vertretern anderer Länderdelegationen (insbesondere Schweiz, Deutschland, Frankreich, Island, Österreich, Grossbritannien, Estland, Kanada). In diesen Gesprächen wurde vor allem die spezifische Situation des Umbaus des liechtensteinischen Finanzplatzes erläutert und auf die besonderen Umstände des Kleinstaates im Bereich der Aussen- und Wirtschaftspolitik hingewiesen. Die Delegation konnte dabei einmal mehr das Verständnis und die Wertschätzung dieser Ländervertreter erfahren.

Die IPU Konferenzen stellen hinsichtlich der aussenpolitischen Wahrnehmung als Kleinstaat doch ein sehr effizientes Forum für Liechtenstein dar, weil praktisch die gesamte Staatenwelt an den beiden Jahreskonferenzen vertreten ist. Man bedenke – allein schon mit Blick auf das reelle Grössenverhältnis – die Liechtenstein in diesem Gremium zukommende ungemein grosse Stimmenkraft (Liechtenstein 10 Stimmen; z.B. China 23 Stimmen). Für die Delegation stellte nebst der Teilnahme an den Debatten in den Konferenzen die Verbreitung eines positiven Bildes von Liechtenstein ein sehr grosses Anliegen während der letzten vierjährigen Legislaturperiode dar. Diesem wurde im Rahmen der Delegationstätigkeiten höchste Priorität zugemessen.

E Schlusswort

Für die Delegation ergaben sich im Berichtsjahr erneut interessante Eindrücke und Erfahrungen in Bezug auf die internationale Parlamentarierarbeit bei der IPU. Die Delegation nutzte das internationale Forum, um einerseits die liechtensteinischen ausserpolitischen Interessen (insbesondere Networking) wahrzunehmen und andererseits die Möglichkeit einer positiven Aussendarstellung umzusetzen.

Es ist mir ein Anliegen, mich bei meiner Kollegin Doris Frommelt für die angenehme und gute Zusammenarbeit zu bedanken. Wertvolle Unterstützung bei unserer Arbeit durften wir einmal mehr von Landtagssekretär Josef Hilti als Sekretär unserer Delegation erfahren. Er verfügt über grosses Sachwissen und insbesondere auch über ein gutes Netzwerk in Bezug auf die Organisation und zu den Sekretariaten vieler Mitgliedsstaaten. Dies erweist sich für einen Kleinstaat mit derart kleinen Sach- und Personalressourcen von grossem Wert.

Der Delegationsleiter

Jürgen Beck

Vaduz, 28. Januar 2013